Anlage 1 zu TOP 11.2

CDU Rathausfraktion

SPD Rathausfraktion

Bündnis 90/Die Grünen Rathausfraktion

BfB Rathausfraktion

FDP Rathausfraktion

Neumünster, den 15. September 2015

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

bitte nehmen Sie den nachfolgenden Änderungsantrag zur Resolution der CDU auf die Tagesordnung der heutigen Ratsversammlung.

Mit freundlichen Grüßen

CDU Rathausfraktion

SPD Rathausfraktion

Bündnis 90/Die Grünen Rathausfraktion

BfB Rathausfraktion

FDP Rathausfraktion

Die Ratsversammlung möge folgende geänderte Resolution beschließen:

Resolution

Die Stadt Neumünster ist eine weltoffene und gastfreundliche Stadt. Wir sind stolz auf das vielfältige Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie ehrenamtlichen Helfer bei der Unterbringung, Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen in unserer Stadt.

Die Ratsversammlung begrüßt und unterstützt die schnelle und unkomplizierte Hilfe der Stadt und dankt dem Stadtvorstand für die schnelle Unterstützung des Landes bei der Unterbringung der Flüchtlinge.

Sie begrüßt ebenfalls die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur Flüchtlingspolitik insbesondere, dass

- Bund, Länder und Kommunen in einer Verantwortungsgemeinschaft stehen und in kurzer Zeit die Voraussetzungen für die Aufnahme von schutzbedürftigen Menschen und die schnelle Rückführung vollziehbar Ausreisepflichtiger schaffen müssen,
- der Bund für Länder und Kommunen zusätzliche Mittel für Länder und Kommunen in Höhe von zunächst 3 Mrd. € bereitstellen will,
- weitere Länder des Westbalkans zu sicheren Herkunftsländern bestimmt werden sollen,
- für Menschen aus dem Westbalkan Möglichkeiten der legalen Migration zur Arbeitsaufnahme als Alternativen zum Asylweg geschaffen werden sollen,
- die schnelle Integration in den Arbeitsmarkt verbessert werden soll.

Die Ratsversammlung fordert darüber hinaus, Asylanträge deutlich zügiger als bisher zu bearbeiten und bei abgelehnten Asylanträgen eine schnellstmögliche Rückführung in die Heimatländer vorzunehmen.

Die Ratsversammlung bekräftigt, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in besonderem Maße Schutz und Zuwendung brauchen. Bund und Land werden aufgefordert, sich bei dieser Aufgabe noch stärker zu engagieren. Dieses soll insbesondere durch eine finanzielle Unterstützung bei der Betreuung und bei den Personalkosten geschehen

Um die überwältigende Hilfsbereitschaft der Menschen im Land und die gelebte Willkommenskultur in unserer Stadt zu unterstützen, bittet die Ratsversammlung das Land und den Stadtvorstand, die Menschen in Neumünster über alle anstehende Maßnahmen, die Hintergründe und rechtlichen Aspekte im Zusammenhang mit den Flüchtlingen in unserer Stadt rechtzeitig aufzuklären und zu informieren.

Begründung:

Alle politischen Kräfte der Stadt wollen Menschen in Not und hilfsbedürftigen Menschen aus Krisengebieten in aller Welt nach besten Kräften, und so gut es geht, unterstützen, und sie in unserem Land und in unserer Stadt aufnehmen. Die bereitgestellten Unterkünfte sind überfüllt, sodass dafür Sorge zu tragen ist, dass menschenwürdige Unterkünfte insbesondere im Hinblick auf den Winter zur Verfügung gestellt werden können und nicht durch sich unberechtigt bei uns aufhaltende Menschen belegt werden.

Die Resolution wurde gemeinsam von den obigen Fraktionen dem aktuellen Stand angepasst, sodass der Änderungsantrag erforderlich wurde.

Ulrich Dorn

Wolfgang K. Hoff

Gerd Jansen

Richard Meyer

Esther Haerem